

Corona legt die Nerven blank

Durch die Lockerung der Schutzmassnahmen häufen sich Zankereien und Gehässigkeiten im Alltag

Pia Wertheimer

Gross war die Erleichterung, als der Bundesrat die ersten Lockerungen bekannt gab. Doch seither nehmen mit jedem Schritt aus dem Lockdown die Konflikte in der Öffentlichkeit zu. Überall dort, wo resolute Befolger der Schutzmassnahmen auf Menschen treffen, die es damit nicht so genau nehmen, kommt es zu Spannungen, oft sogar auch zu Streitigkeiten und lautstarken Auseinandersetzungen.

Wenn zwei nicht zwei sind
Schauplatz: Kiosk in Bern. Auf dem Plakat heisst es: maximal zwei Kunden. Drinnen sind bereits drei Personen. «Also begann ich draussen eine Warteschlange», sagt eine Kundin. Kurz darauf stellt sich eine Frau hinter sie. Einer der Kunden tritt aus dem Kiosk. «Weil immer noch zwei drinnen waren, blieb ich draussen», so die Kundin. Die Frau hinter ihr schnauzt: «Los, gehen Sie schon rein!» – «Nein, es sind bereits zwei Leute drin.» – «Jetzt machen Sie schon!» – «Was genau verstehen Sie nicht an der Weisung, dass nur zwei Kunden in den Kiosk dürfen?»

Die Frau drängt sich kurzerhand an der Kundin vorbei in den Kiosk. «Sie hat mich dabei sogar berührt!», sagt die Kundin.

Es regieren die Platzhirsche
Schauplatz: S5 nach Zürich. Ein junger Mann mit Maske sitzt in einem Abteil. Als sich eine ältere Dame – ebenfalls mit Maske – diagonal gegenüber dazusetzen will, schüttelt er abweisend den Kopf und als sie sich trotzdem setzt, herrscht er sie an: «Sie können sich



Installation der neuen (blauen) BAG-Plakate mit den Verhaltensregeln nach der Lockerung

Foto: Keystone

hier nicht hinsetzen. Wir haben nicht genug Abstand.» Stumm gehorcht die Seniorin und zieht weiter. Ein Pendler hat diese Szene erlebt. Auf jeder Fahrt beobachtet er, wie Leute aneinandergieren. «Meist nehmen die Spannungen bereits beim Warten auf dem Perron ihren Anfang», sagt er.

Gehässiger nach Feierabend
Schauplatz: Lidl-Kasse in der Agglomeration. Eine Kundin steht in der Schlange. Sie guckt um die Ecke, vorbei an einer wartenden Frau vor ihr. «Nur kurz. Um zu schauen, ob an einer anderen Kasse weniger Leute anstehen», schildert sie die Situation. Selbstver-

ständig habe sie dabei die nötige Distanz eingehalten. Trotzdem reagiert die Frau vor ihr ungehalten und faucht: «Zwei Meter Abstand, bitte! Ich arbeite im Spital.»

Für eine Kassiererin eines grossen Schweizer Detaillisten ist klar: «Die Stimmung in den Warteschlangen an der Kasse ist seit den

Lockerungen angespannter.» Insbesondere am Feierabend fehle es den Kunden an Geduld füreinander. «Je länger die Schlange ist, desto gehässiger ist die Stimmung.»

«Mund halten, abhauen»

Schauplatz: Postschalter in einer Zürcher Vorstadt. Aktuell dürfen sich fünf Kunden gleichzeitig in der Filiale aufhalten. Am Boden sind Abstandsmarkierungen aufgeklebt. Eine Frau kommt vor der Schiebetür an – als siebte Kundin. «Gemeinsam mit Nummer 6 habe ich draussen gewartet», wird sie später sagen. Ein Senior geht an ihr vorbei, betritt die Filiale und sucht nach einer Glückwunschkarte im Regal neben der Warteschlange. Nummer 5 in der Kolonne ist ein Herr, der «sehr genau» darauf achtet, dass jeder gebührend Abstand hält und sich tatsächlich nicht mehr als fünf Personen in der Post aufhalten. Als der Senior zu den Glückwunschkarten schreitet, verliert Nummer 5 die Beherrschung. «Abhauen!», faucht er. Und: «Den Mund halten!», als der Beschimpfte etwas entgegnen will.

«Sei still, Schnepfe!»

Schauplatz: ein Fitnesscenter auf dem Land. Ein Mann hustet, drückt seine Gewichte, hustet wieder. Unweit von ihm trainiert eine Frau – die deswegen an die Decke geht. «Sie müssen nun alles um sich herum desinfizieren», befiehlt sie dem Hustenden. Der sich das nicht gefallen lässt: «Sei still, du Schnepfe!» – «Schon mal was von einem Raucherhusten gehört?» Eine Angestellte des Centers sagt: «Wir haben immer häufiger mit solchen Szenen zu tun.»

«Sobald die Grenzen aufgehen, werden die Konflikte noch vielschichtiger»

Eigentlich sollten alle froh sein, wieder mehr Freiheiten geniessen zu können. Doch die Menschen kriegen sich nun öfters in die Haare. Warum?

Während des Lockdown kamen vom Bund eindeutige Verhaltensanordnungen; es gab nur wenig Interpretationsspielraum. Mit den Lockerungen kommen nun lokale Normen. Jedes Restaurant, jede Freizeiteinrichtung, jeder Laden hat sein eigenes Schutzkonzept – der Mensch sieht verschiedene Lösungen. Das gibt Raum für Konflikte.

Würde eine Maskenpflicht dieses Problem lösen?

Ja, die Menschen würden dann allenfalls die Massnahme, aber weniger einander kritisieren.

Gehören diese zwischenmenschlichen Spannungen zu unserem neuen Alltag?

Sie sind normal, wenn sich – wie in der aktuellen Situation – Normen verschieben oder neue Normen etablieren müssen. Doch oft ent-



Johannes Ullrich

steht auch Positives aus Konflikten.

Wie meinen Sie das?

Die Reibereien führen zu Dialogen und diese wiederum zu einem besseren Verständnis füreinander. Trotzdem werden die Konflikte wohl nochmals vielschichtiger, sobald die Grenzen

aufgehen.

Weshalb?

Weil unsere Nachbarn teilweise viel strengere Massnahmen ergriffen haben und sie rigoros durchsetzen.

Das wiederum hat den Umgang der Menschen miteinander geprägt. Nehmen wir den öffentlichen Verkehr in Deutschland: Dort müssen die Passagiere Masken tragen. In der Schweiz ist es keine Pflicht. Hier tragen die Leute nur vereinzelt eine Maske im Tram. Wir werden solche Unterschiede spüren.

Was tun, damit es nicht zum Streit kommt, wenn mich an der Ladenkasse ein Wartender massregelt?

Fragen stellen statt kontern. Etwa: «Weshalb tun Sie das?» Das zeigt

Interesse an den Beweggründen und wirkt deeskalierend.

Und wenn jemand Regeln nicht befolgt, die mir wichtig sind?

Der Ton macht die Musik. Ist der Hinweis in eine Bitte verpackt, kommt er viel besser an, als wenn er wie ein Befehl klingt.

Wie kann ich als Beobachter schlichten?

Meist hilft es in solchen Situationen schon, wenn Sie hin- und nicht wegsehen. Ob es hilfreich ist, etwas zu sagen, hängt dann von der Situation ab. Pia Wertheimer

Das Berner Obergericht nimmt die Ehe für alle vorweg

Die Richter verpflichten eine lesbische Co-Mutter zu Unterhaltszahlungen und setzen damit Regenbogenfamilien heterosexuellen Familien gleich

Was passiert, wenn sich ein eingetragenes lesbisches Paar mit Kindern trennt? Das Berner Obergericht fällt dazu ein überraschendes Urteil: Die Co-Mutter wurde verpflichtet, Unterhaltszahlungen für die gemeinsamen Kinder zu leisten. Und dies, obwohl das Partnerschaftsgesetz bisher gar keine Unterhaltspflichten für Co-Mütter vorsieht. Das Gericht macht die Co-Mutter damit zum Elternteil mit Pflichten wie in einer traditionellen Familie. Es nimmt so das Kernanliegen der umstrittenen Vorlage für eine «Ehe für alle» vorweg.

Die Gerichtsunterlagen zeigen, wie die beiden Frauen faktisch zu

Eltern wurden: Man zog zusammen, sprach über gemeinsame Kinder und beschloss, dass eine der Partnerinnen «schwanger werden sollte». Schliesslich entschieden sich die beiden Frauen gemeinsam für eine Samenspende im Ausland. Und als die Kinder zur Welt kamen, ordneten die Frauen ihr Leben neu: Sie liessen ihre Partnerschaft eintragen, bauten ein Haus für die Familie. Die leibliche Mutter widmete sich vorab der Kindererziehung. Ihre Partnerin sollte Hauptverdienerin der Familie sein.

Bald aber zeigten sich Beziehungsprobleme. Es folgten Rettungsversuche, Therapie und

schliesslich die Trennung. Vor Gericht fochten die Frauen dann einen Streit um den Unterhalt für die Kinder aus. Und der Richter sprach der leiblichen Mutter tatsächlich Unterstützung für die Kinder zu, obwohl das Partnerschaftsgesetz eine originäre, also automatisch aus der Geburt entstehende Elternschaft für gleichgeschlechtliche Paare, gar nicht vorsieht.

Nach dem geltenden Partnerschaftsgesetz hätte der nicht leibliche Elternteil also weder Elternrechte noch -pflichten und würde «praktisch ein Fremder» bleiben, wie der Richter in seinem Urteil schreibt. Er machte darauf einen

Kunstgriff, regelte den Unterhalt nach den Kriterien des Eherechts und machte damit rechtlich die beiden Frauen gemeinsam zu Eltern. Das Berner Obergericht hat nun das Urteil rechtskräftig bestätigt und damit neues Recht gesetzt.

Der Druck auf den Ständerat wächst

Dominic Nellen, Rechtsanwalt der leiblichen Mutter, spricht von einem «Leiterteil»: Zum ersten Mal schützt ein Gericht Kinder in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft. «Das Gericht hält eine finanzielle Mitverantwortung der Co-Mutter fest und definiert damit

mindestens bezüglich Elternpflichten eine gemeinsame Elternschaft», sagt er. «Das Urteil ist wegweisend für viele Regenbogenfamilien.» Die Politik könne jetzt gar nicht mehr anders, als nachzuziehen.

Gleichzeitig korrigierte der Oberrichter aber seine Vorinstanz und hob dessen Bestimmungen für ein Besuchsrecht der Co-Mutter auf, weil dies das Gericht nicht regeln könne. Nellen: «Kontakte zwischen dem Kind und dem Co-Elternteil können rechtlich nur auf kompliziertem Weg eingefordert werden.» Das Urteil sei insofern «paradox» und zeige, so Nellen, «dass mit dem geltenden Recht

Eltern- und Kinderrechte in Regenbogenfamilien nach wie vor nicht genügend geschützt sind.» Die «Ehe für alle» sei nötiger denn je. Denn erst mit dieser Vorlage seien die automatische Elternschaft, klare Verwandtschaftsregeln und das Recht auf Samenspende gesichert.

Der Nationalrat hat am Donnerstag den Grundstein dafür gelegt und eine wirkliche Ehe für alle mit Elternrechten beschlossen. Im Ständerat wird dies umstritten sein. Das Urteil des Berner Obergerichts wird jetzt den Druck erhöhen, mit dem Nationalrat gleichzuziehen. Denis von Burg